

Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich der Eröffnung der Auftaktveranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge „Die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge in der Metropolregion Köln“ am 18. Januar 2013, 13 Uhr, Historisches Rathaus, Piazzetta

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie herzlich zur Auftaktveranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge willkommen! Ich freue mich, dass so viele Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag und dem Landtag NRW, Mitglieder des Rats der Stadt Köln sowie führende Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Unternehmen und Verbände der Einladung gefolgt sind. Ebenso freue ich mich, dass wir so hochkarätige Referenten für die heutige Veranstaltung gewinnen konnten. Sie werden es mir nachsehen, dass ich Sie nicht alle namentlich begrüßen kann. Deshalb Ihnen allen ein herzliches Willkommen im Historischen Rathaus der Stadt Köln. Herzlich willkommen im ältesten Rathaus Deutschlands.

Ich begrüße sie sehr herzlich auch im Namen der Gründungsmitglieder des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge, heute vertreten durch

- Herrn Dr. Steinkamp, Vorstandssprecher der Stadtwerke Köln GmbH,
- Herrn Dr. Molitor, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins Region Köln / Bonn,
- Herrn Dr. Herzig, Prorektor der Universität zu Köln,
- Herrn Professor Schubert für die Fachhochschule Köln sowie
- Herrn Krücker, Vorstandssprecher des Caritasverbands, der in dieser Funktion auch die anderen Kölner Wohlfahrtsverbände vertritt.

Dieser Veranstaltung ging ein mehrmonatiger Vorbereitungsprozess voraus, dessen erstes greifbares Ergebnis die Charta der Exzellenz-Marke „Daseinsvorsorge-Köln“

ist. Wir haben die Charta unmittelbar vor dieser Veranstaltung gemeinsam gezeichnet. Herr Dr. Steinkamp wird sie Ihnen gleich näher vorstellen. Erlauben Sie mir deshalb an dieser Stelle ein paar grundsätzliche Anmerkungen.

Für den Titel der heutigen Veranstaltung haben wir bewusst den unbestimmten Begriff der „Metropolregion Köln“ gewählt.

„Köln“ steht dabei für den gemeinsamen Nenner der Institutionen, die dieses Netzwerk gegründet haben. Und „Metropolregion“ ist als Bezugspunkt für eine Region von Gleichberechtigten zu verstehen, die diese Metropolregion gemeinsam gestalten und voranbringen wollen.

Unsere heutige Veranstaltung steht am Beginn des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger, meine Damen und Herren. Es fällt in eines der schwierigsten Jahre, die das großartige europäische Projekt in seiner nunmehr 60-jährigen Geschichte zu meistern hat.

Die Finanz-, Währungs- und Wirtschaftskrise stellen nicht nur die europäische Solidarität und unsere globale Wettbewerbsfähigkeit vor eine große Bewährungsprobe, sondern auch die bürgerschaftliche und demokratische Fundierung der Europäischen Union insgesamt.

Fallen wir zurück in überwunden geglaubte Egoismen der Nationalstaaten – oder können wir die Gemeinschaftsidee stärken, die das europäische Projekt so einmalig macht?

Gelingt es uns, die europäische Demokratie weiter zu entwickeln und ihre Strahlkraft im globalen Wettbewerb zu erhalten, die sie weltweit für so viele Menschen hat? Schaffen wir es, die dramatisch gewachsene soziale Spaltung in Europa zu überwinden und europäische Solidarität trotz der Finanzkrise zu stärken?

All das sind Fragen, auf die wir in diesem Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger Antworten finden müssen. Das viel beschworene europäische Sozialmodell hat in der kommunalen Daseinsvorsorge seinen wichtigsten Ankerpunkt. Wie wir die

Daseinsvorsorge sicherstellen und weiterentwickeln, wird also Teil der notwendigen Antworten sein.

Meine Damen und Herren,
als Kommune bewegen wir uns naturgemäß zwischen Staat und Markt. Öffentliche Dienstleistungen sind in ihrem Kern weder das eine noch das andere. Sie sind Unternehmungen in Bürgerhand.

Mit dem Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger stehen wir, die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, endlich wieder an erster Stelle – und eben nicht die Nationalstaaten, nicht die europäischen Institutionen, nicht die Wirtschafts- und Währungsunion und auch nicht die Bankenunion.

Nehmen wir das als ein gutes Zeichen, meine Damen und Herren. Die mediale Aufmerksamkeit gilt in der Regel nämlich Letzteren. Dabei sind diese Institutionen letztendlich nicht mehr und nicht weniger als Instrumente zur bestmöglichen Organisation unseres Zusammenlebens als freie und soziale Menschen.

Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, das europäische Projekt wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. In seinem Kern ist Europa nämlich ein städtisches und bürgerschaftliches Projekt.

Dessen ungeachtet haben der europäische Binnenmarkt und das europäische Wettbewerbsrecht die kommunale Selbstverwaltung in den vergangenen Jahrzehnten nicht selten an den Rand gedrängt.

Mit dem Lissabonner Vertrag ist diese „Kommunalblindheit“ zumindest verfassungsrechtlich Vergangenheit. Er hat die lokale Demokratie zum ersten Mal – „endlich!“, muss man sagen – im EU-Primärrecht verankert.

Wir Kommunen werden die erkämpften Rechte einfordern. Und wir werden uns verstärkt einmischen. Auch deshalb haben wir das Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge gegründet.

Denn es liegt auch an uns selbst, mit dafür Sorge zu tragen, dass sich die europäische Politik in Zukunft verstärkt nicht nur an den Prinzipien des Marktes und der Ökonomie orientiert; auch die Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung und der bürgerschaftlichen Partizipation müssen hier Beachtung finden.

Die EU verlangt für immer mehr kommunale Dienstleistungen EU-weite Ausschreibungen, meine Damen und Herren. Es genügt jedoch nicht, die Wettbewerbspolitik allein an monetären Output-Kriterien fest zu machen.

Ausschreibungen sind in vielen Fällen sinnvoll – gerade in Köln mussten wir ja leidvoll erfahren, dass ein Verzicht auf solche Ausschreibungen kommunale Kassen leeren und private Kassen füllen kann. Doch wenn sich an EU-weiten Ausschreibungen von Dienstleistungen, für die es offenkundig keinen europäischen Markt gibt, gerade mal 1 Prozent grenzüberschreitender Anbieter beteiligen – diese Ausschreibungen aber mehrere 10.000 Euro kosten –, stimmt das Instrument schon rein ökonomisch gerechnet nicht.

Mehr noch: Gänzlich unberücksichtigt bleiben in der bisherigen Ausgestaltung der europäischen Wettbewerbspolitik die Wesensmerkmale der europäischen Demokratie: das Bürgerengagement und die Bürgerbeteiligung. Es genügt nicht, Daseinsvorsorge allein unter ökonomischer Brille zu betrachten. In Bezug auf Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung ist der dominante ökonomische Blick nämlich blind.

Das Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge wird sich deshalb auch diesen Fragen widmen. Wir wollen uns einmischen:

- einmischen in den europäischen Gesetzgebungsprozess und
- einmischen in die öffentliche Debatte um das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, Markt und Staat.

Wir mischen uns ein parteilich für die kommunale Selbstverwaltung und lokale Demokratie.

Ganz aktuell gilt das für die Pläne des europäischen Gesetzgebers, mit einem Richtlinienentwurf über die Konzessionsvergabe die Ausschreibungspflicht auf weitere kommunale Bereiche auszuweiten; ein Beispiel hierfür ist die Wasserversorgung.

Aus diesem Grunde hat der Rat der Stadt Köln am 18. Dezember 2012 einstimmig gefordert, dass diese Richtlinie nicht in die Organisationsfreiheit der Kommunen eingreifen darf, indem sie von kommunalen Unternehmen erbrachte Dienstleistungen ausschreibungspflichtig macht.

Darüber hinaus fordert der Rat, kommunale Unternehmen, die Daseinsvorsorgeleistungen erbringen, vom Geltungsbereich der Richtlinie auszunehmen – soweit die öffentliche Hand zumindest die Mehrheit der Anteile an dem Unternehmen hält und einen dominanten Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann.

Gleiches soll für eine Kooperation zweier oder mehrerer Kommunen bei der gemeinsamen Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge durch öffentliche Unternehmen gelten.

Der letztgenannte Punkt ist mir dabei ganz besonders wichtig, meine Damen und Herren. Kommunale Daseinsvorsorge ist schon lange nicht mehr nur innerhalb der eigenen Stadtgrenzen leistbar. Sie braucht regionale Vernetzung und interkommunale Kooperation, damit sie ihrem öffentlichen Auftrag gerecht werden kann.

Meine Damen und Herren,
ich übergebe das Wort nun an Herrn Dr. Steinkamp.